



10 Jahre nach der Finanzkrise: Kein Rettungsschirm für die Armen

Im September 2018 jährt sich der Konkurs der Bank „Lehman Brothers“ und damit der Beginn der schwersten Finanzmarktkrise seit 1929 zum zehnten Mal. Seit dieser Krise leben Menschen auf der ganzen Welt unter dem Eindruck, die Folgen dieser Krise und die mit ihr eingetretenen Veränderungen bewältigen zu müssen. Kurzfristige Arbeitsverträge, Arbeitslosigkeit, schlechtere Arbeitsbedingungen und schwerere Finanzierungsmöglichkeiten für kleine Unternehmen sind Verschlechterungen, mit denen Menschen auf allen Kontinenten zu kämpfen haben. Gesprochen wird dabei zumeist nur über Europa und Nordamerika, doch wie steht es um den Rest der Welt? Wie haben die Länder des Globalen Südens die Auswirkungen der Finanzkrise verkraftet und sind die sowieso schon armen Bevölkerungsteile vergessene Leidtragende? SÜDWIND hat sich beispielhaft mit der gesellschaftlichen und politischen Situation einiger Länder im Globalen Süden auseinandergesetzt, um Antworten auf diese Fragen zu finden und um zu zeigen, dass eine unbedachte Deregulierung der Finanzmärkte im Norden die Armutssituation der Menschen im Süden erheblich verschärft.

Einführung

Die am 15. September 2008 durch den Konkurs der Bank „Lehman Brothers“ ausgelöste Finanzkrise erfasste in rasanter Geschwindigkeit alle Volkswirtschaften der Welt. Bereits am 10. Dezember 2008 schickte das Bosch Werk in Bamberg aufgrund der Krise einen Teil seiner Belegschaft in Kurzarbeit. Zu Weihnachten 2008 warteten viele Familien in Mittelamerika und besonders in Mexiko vergeblich auf die Heimatüberweisungen (engl. Remittances) ihrer in Nordamerika lebenden Verwandten. Am 20. Januar 2009 schloss die Luanshya Kupfermine in Sambia aufgrund dramatisch gesunkener Kupferpreise und entließ 1.700 Mitarbeiter. Wenig später zählte man in Argentinien 142.000 zusätzliche Arbeitslose.



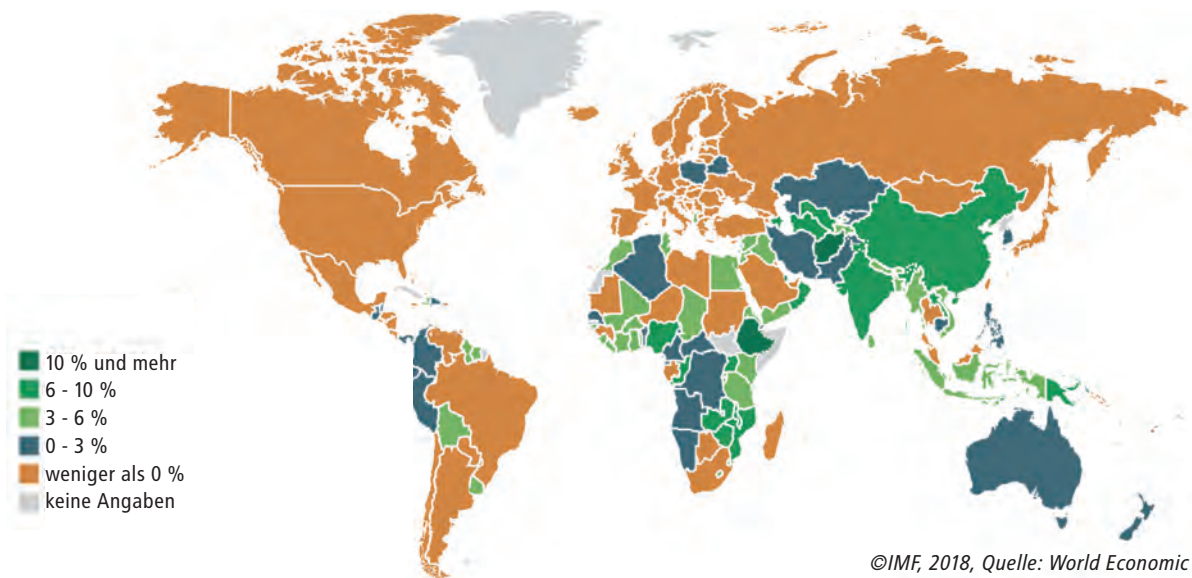
Damals tauchte in den Medien das Bild des „Rettungsschirms“ auf. Dieser von den Regierungen unter Aufwendung von Milliarden Euro und US-Dollar an Steuergeldern aufgespannte Schirm sollte Banken vor den Folgen ihrer Investitionen in wertlos gewordenen Hypothekenkredite bewahren.

Viele Menschen fragten damals, warum Banken, die oft an ihrer Misere eine Mitverantwortung trugen, gerettet werden sollten, während Menschen, die bloß ZuschauerInnen des Geschehens waren, ohne Rettungsschirm die Konsequenzen tragen mussten. Die Rolle der zur Passivität verurteilten Opfer der Krise kam in besonderem Maße jenen Menschen zu, die in den exportorientierten Sektoren des Globalen Südens ihr geringes, hart erarbeitetes Auskommen verloren hatten.

Wer, so fragten sich entwicklungspolitisch engagierte Menschen, spannt einen Rettungsschirm für sie auf? Damals konnte diese Frage nicht abschließend beantwortet werden. Es gab zwar eine klare Identifikation der vier Ansteckungswege, über die die Krise aus dem Norden die Volkswirtschaften des Globalen Südens infizierte, was das für einzelne Länder und ihre Bevölkerung langfristig bedeutete blieb jedoch unklar, besonders weil die Wirtschaftsdaten sich nach einem beispiellosen Einbruch Ende des Jahres 2008 in der zweiten Hälfte des Jahres 2009 wieder deutlich erholten.

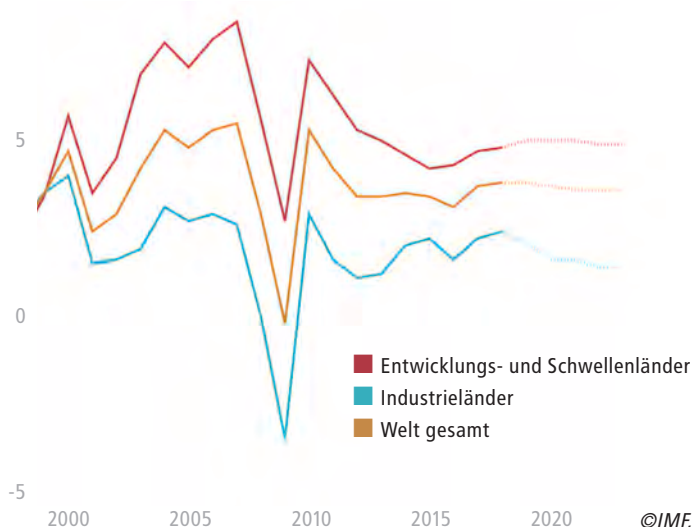


Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts im Nachkrisenjahr 2009



©IMF, 2018, Quelle: World Economic Outlook (April 2018)

Entwicklung des Weltwirtschaftswachstums 2000-2016 (näherungsweise in Prozent)



©IMF, 2018, Quelle: World Economic Outlook (April 2018)

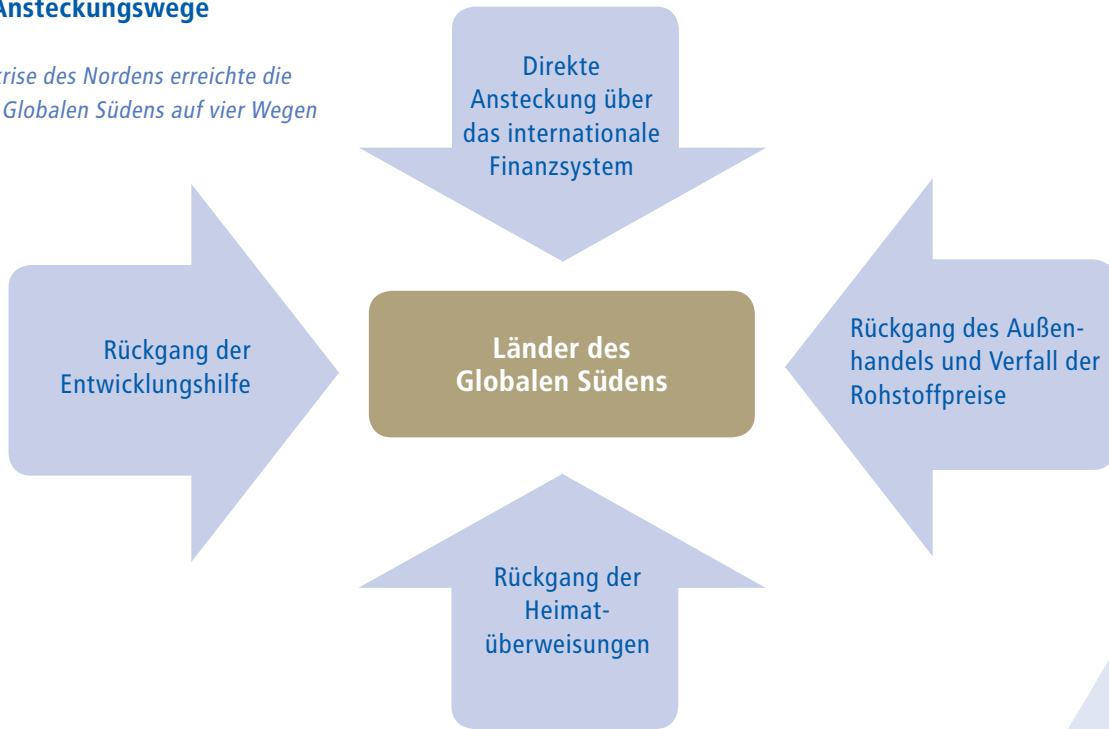
Und nun? Die vier Ansteckungswege 10 Jahre später

Die Finanzmarktkrise erreichte die Länder des Globalen Südens über vier Ansteckungswege. Zum einen befürchtete man, dass die von den OECD-Staaten gezahlte Entwicklungshilfe sinken würde. Dies trat jedoch zunächst weder in absoluten noch in relativen Zahlen ein. Erst in den Jahren 2011 und 2012 kam es zu einem deutlichen, aber vorübergehenden Rückgang der Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) die ab 2013 wieder stiegen.

Zum Zweiten konnten von Arbeitslosigkeit betroffene MigrantInnen im Norden keine oder nur reduzierte Heimat-

Die vier Ansteckungswege

Die Finanzkrise des Nordens erreichte die Länder des Globalen Südens auf vier Wegen



überweisungen an ihre Familien tätigen. Hiervon waren in besonderem Maße mittelamerikanische Länder betroffen, in denen Verwandte von ArbeitsmigrantInnen, die in die USA oder nach Spanien migriert waren, vergeblich auf die benötigte Unterstützung warteten. In den Jahren nach der Krise stellte sich heraus, dass die anschließende Eurokrise die Situation von ArbeitsmigrantInnen besonders in den südeuropäischen Ländern dauerhaft erschwerte. Eine Studie der Weltbank zu ArbeitsmigrantInnen in Turin zeigte, dass deren Einstellungsrate zwischen 2008 und 2013 um 14 % sank. Auch der Abstand ihrer Löhne zu denen der italienischen Einheimischen vergrößerte sich. Viele ArbeitsmigrantInnen kehrten, nachdem sie oft monatelang auf einen Arbeitsplatz gewartet hatten, in ihre Heimat zurück. Es war vor allem diese Rückkehr von ArbeitsmigrantInnen, die die Heimatüberweisungen aus Italien ab dem Jahr 2011 dauerhaft deutlich schmälerte. Betroffen waren NordafrikanerInnen aber auch LateinamerikanerInnen.

Ein drittes Problem stellte der Kapitalabzug aus Entwicklungsländern in die Zentralen der im Norden angesiedelten Banken dar. Anders als in früheren Krisen, in denen es darum ging, Geld aus Krisenländern in Sicherheit zu bringen, war diesmal das Motiv der Banken, sich zu stabilisieren. Angesichts der Kreditklemme und der hohen Abschreibungsverluste mussten die Banken ihre Kapitaldecke stärken und zogen deshalb Geld in ihre Zentralen ab. Dies betraf auch Entwicklungsländer wie Indien oder Südafrika, die in den Jahren zuvor ihre Finanzmärkte geöffnet hatten. Betroffen waren auch die Börsen dieser Länder. In Südafrika wurden alleine im vierten Quartal 2008 Wertpapiere im Wert von 8 Mrd. Euro verkauft. Die Kurse brachen um 35 % ein. In den betroffenen Ländern hatte dies zur Folge, dass auch die heimischen Banken die Kreditvergabe drosselten. Betroffene waren vor allem kleine und mittlere Unternehmen, deren Versorgung mit Krediten plötzlich stark eingeschränkt wurde. Es kam zu Konkursen und einem Verlust von Arbeitsplätzen.



Der vierte Ansteckungsweg war der massive Einbruch des Welthandels mit dem damit einhergehenden Zusammenbruch der Rohstoffpreise. Über diesen Weg erreichte die Krise wohl die meisten Menschen in den Ländern des Globalen Südens. Betroffen waren auch die Länder, deren Wirtschaften gute Wachstumsraten aufwiesen und deren Kapitalmärkte vor einem schnellen und starken Abfluss von Kapital vermeintlich geschützt waren. Es kam zu massiven Entlassungen in so unterschiedlichen Ländern wie China, Argentinien, Indonesien und Sambia. Dabei traf die Finanzkrise sowohl den verarbeitenden Sektor, aus dem mehr und mehr Fertigungsschritte in die Länder des Globalen Südens ausgelagert worden waren, als auch den Rohstoffsektor. Hier führten die implodierenden Preise für z.B. Platin zu Massenentlassungen in den Minen des südlichen Afrikas. Die Folgen des Nachfrageeinbruchs aus dem Norden sind wohl auch die am längsten spürbaren. ExpertInnen aus Indonesien und Südafrika berichten, dass sich die verschlechterten Arbeitsbedingungen in Form von kurzfristigen Beschäftigungsverhältnissen und einem massiven Ansteigen von ungeschützter Leiharbeit bis heute nicht wieder normalisiert haben. Allerdings liegt der Grund für diesen andauernden Trend weniger in langanhaltenden Absatzproblemen der Fabriken und Minen. ExpertInnen gehen mehr davon aus, dass Unternehmen die Situation Ende des Jahres 2008 lediglich zum Anlass nahmen, ihre Belegschaft zu flexibilisieren und um die Unsicherheiten ihres Geschäfts auf die ArbeiterInnen abzuwälzen und Kosten zu sparen.



Globale Krise

Die konkreten Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf einzelne Länder lassen sich nur in wenigen Fällen ausmachen. Global gesehen zeichnet sich allerdings ein Muster ab, unter dem die Länder des Südens und Nordens gleichermaßen zu leiden hatten und haben. So lag das weltweite Wirtschaftswachstum im Zeitraum von 2008 bis 2016 mit 2,5 % um einen ganzen Prozentpunkt unter dem von 2000 bis 2007. Von dieser Entwicklung waren und sind die Länder des Nordens allerdings stärker betroffen als die des Südens. Im Norden lag das Wirtschaftswachstum durchschnittlich um 1,5 % unter dem der Vorkrisenzeit. Im Norden wie im Süden führt das zu einer anhaltend niedrigen Beschäftigungsquote. Neben den südeuropäischen Ländern sind von dieser Entwicklung besonders Länder in Südamerika wie Brasilien, Argentinien und Kolumbien betroffen. Besorgniserregend ist, dass weltweit besonders Menschen im Alter von 15-24 Jahren den Mangel an Arbeitsplätzen zu spüren bekommen.

Die Katastrophen von Rana Plaza und Marikana im Kontext der Krisenfolgen

Der Einbruch der Nachfrage nach Konsumgütern im Norden als Folge der Finanzmarktkrise führte in Bangladesch zu einer paradoxen Entwicklung. Während Textilfabriken in Indonesien und China ArbeiterInnen entließen, kam es dort ab dem Jahr 2009 zu einem Boom. GroßhändlerInnen von Textilien im Norden gingen davon aus, dass in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs vor allem Billigware gefragt sein würde. Eines der billigsten Länder der Textilfertigung war Bangladesch. Aus diesem Grund wurden bei Textilunternehmen dort deutlich mehr Aufträge platziert als zuvor. Der Export von Textilien stieg zwischen den Jahren 2009/10 und 2010/11 von 12,5 auf 18 Mrd. US-Dollar. Die Textilindustrie in Bangladesch baute in Folge der großen Nachfrage in kurzer Zeit vermehrt Kapazitäten auf. Der illegale Ausbau des Fabrikkomplexes Rana Plaza in Dhaka, der im April 2013 einstürzte und zum Tod von 1.134 Menschen führte, kann damit auch als eine Folge der Finanzkrise verstanden werden.



SüdafrikanerInnen, die die Situation in den Minengebieten des Landes genau beobachten, berichten von einer deutlichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen seit der Finanzmarktkrise. Der mit der Finanzkrise einhergehende Einbruch der Rohstoffpreise führte dort zur Entlassung von insgesamt 150.000 ArbeiterInnen. Platinminen wie die in Marikana entließen 35.000 MinenarbeiterInnen. Seitdem stagniert die Arbeitslosigkeit und die Löhne bleiben niedrig. Als der Platinpreis wieder anstieg, verlangten die ArbeiterInnen höhere Löhne. Diese Auseinandersetzung endete in der Marikana-Mine des Unternehmens Lonmin damit, dass die Polizei 34 Minenarbeiter erschoss.



Viele Länder hatten in Folge der Krise massive Ausgaben zur Krisenbekämpfung, woraufhin ihnen später der Spielraum für eine weitere Stimulierung der Wirtschaft fehlte. Südafrika und Indonesien sind Beispiele für Länder, die seit der Krise vergleichsweise geringe Wachstumsraten verzeichnen. Ein weiteres Merkmal dieser Nachkrisenzeit ist das darauf folgende und von einigen Ökonomen als „exzessiv“ bezeichnete Sparen bei geringen Investitionen von öffentlicher und privater Seite. Die mit der Krise auch in den Nordländern verbreitete Stimmung der Unsicherheit führte zu einer Risikovermeidung, die schlecht für die Konjunktur und schlecht für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen ist.



Foto: Black Claw/Flickr.com

Stärken des Globalen Südens

Ein umfassendes Bild der Krise ergibt sich allerdings erst, wenn man die Stärken, die Entwicklungsländer in der Krise durchaus gezeigt haben, mit betrachtet. Ihre offensichtlichste Stärke liegt darin, dass ihre Banken aufgrund einer



Foto: Jeff Turner

stärkeren Regulierung, anders als die Banken Europas, keine verbrieften, wertlosen Hypotheken (Subprime-Kredite) kauften. Dies verhinderte eine direkte Ansteckung. Höhere Kapitalanforderungen, eine Einschränkung des Spekulierens auf Kredit sowie eine Begrenzung der Aktivitäten im Ausland verhinderten zum Beispiel auch, dass die sonst sehr gut in die in-

ternationalen Kapitalmärkte integrierten Banken Südafrikas in faule Wertpapiere investierten. Eine Reihe von Ländern des Globalen Südens zeigte zudem Stärke, indem sie in kurzer Zeit entschlossene Konjunkturmaßnahmen zur Gegensteuerung in Angriff nahmen. Zu diesen Ländern zählen u.a. China und Argentinien. Argentinien wird in diesem Zusammenhang sogar als ein Vorbild für Griechenland genannt, weil das Land aufgrund antizyklischer Maßnahmen schneller aus der Krise herausfand als viele Länder Südeuropas.

Während die Krise die Schwächen der Finanzmärkte und ihrer Regulierung im Norden schonungslos offenlegte, wurde ebenso deutlich, dass das Bankensystem der Länder des Globalen Südens aus den vorangehenden Krisen gelernt hatte und in dieser Krise stabil blieb. Die Frage nach dem Rettungsschirm für die Armen kann vor diesem Hintergrund dahingehend beantwortet werden, als dass die Regierungen einer Reihe von Schwellenländern dafür sorgten, dass ihre Bevölkerung vor den schlimmsten Krisenfolgen bewahrt wurde.

Hinzu kommt, dass in Folge der Krise besonders größere Mitteleinkommensländer ein Mitspracherecht bei der globalen Finanzmarktregulierung bekamen. Zwischen den Jahren 1999 und 2008 war auf globaler Ebene ein exklusiver Club von Notenbankern des Nordens, organisiert in dem „Financial Stability Forum“, dafür zuständig, Schieflagen auf den Finanzmärkten rechtzeitig zu erkennen und Gegenmaßnahmen einzuleiten. Diese Institution kam, wie wir heute wissen, ihrer Aufgabe nicht nach.

Im Jahr 2009 wurde sie deshalb aufgelöst und durch das Financial Stability Board ersetzt, das mit einem deutlich erweiterten Mandat ausgestattet wurde. Mitglieder sind nun alle G20-Länder, also auch Indonesien, Argentinien und Indien.

Mitglieder des Financial Stability Board

	Argentinien		Mexiko
	Australien		Niederlande
	Brasilien		Russland
	Kanada		Saudi-Arabien
	China		Singapur
	Frankreich		Südafrika
	Deutschland		Südkorea
	Hongkong		Spanien
	Indien		Schweiz
	Indonesien		Türkei
	Italien		Großbritannien
	Japan		USA

Die Finanzmarktkrise 2008 und das damit aufgedeckte Versagen der Länder des Nordens, ihre Banken angemessen zu regulieren, führte somit auch dazu, dass eine längst überfällige Reform der Strukturen der internationalen Finanzaufsicht umgesetzt wurde und nun bedeutende Kapitalmarktakteure des Südens Einfluss nehmen können.

Insgesamt unterscheidet sich die Wahrnehmung der Folgen der Finanzkrise 2008 in den Gesellschaften des Globalen Südens und des Nordens fundamental. Während im Norden das Bewusstsein besteht, in einer Nachkrisenzeit zu leben und viele Menschen die Krise als eine Zäsur erleben, ist dies in den von SÜDWIND untersuchten Entwicklungsländern nicht der Fall. Hier wird sie eher als eine Krise von vielen wahrgenommen und oft, wie im Fall von Argentinien, ist sie kein Ereignis, das besonders tiefe Spuren im kollektiven Gedächtnis hinterlassen hat. Selbst in Südafrika, wo die Finanzmarktkrise bis heute in Form von verschlechterten Arbeitsbedingungen in den Minen spürbar ist, wird dieser Bezug kaum hergestellt. In Indien verbindet kaum jemand die Probleme, die kleine und mittlere Unternehmen bei der Kreditaufnahme haben, mit der Finanzkrise des Jahres 2008. Das sagt weniger über die Schwere der Krisenfolgen aus als über die Situation der Menschen. Extern verursachte Krisen, die die eigene Existenz bedrohen, gehören zu den normalen Lebenserfahrungen der meisten Menschen in den Ländern des Globalen Südens. Für die Mehrheit der Menschen in Europa und Nordamerika war diese Erfahrung jedoch neu und wurde deshalb viel stärker als einschneidende Erfahrung erlebt. Die Kurzarbeit in dem Bamberger Bosch Werk Ende des Jahres 2008 hatte sich nicht, wie sonst üblich, lange vorher angekündigt und war ebenso wenig durch eine absehbare Entwicklung des Unternehmens

begründet, sondern traf plötzlich und verursacht durch einen externen Schock ein. Für die deutschen ArbeiterInnen war es eine ungewöhnliche und damit bedrohliche Erfahrung. Dies gilt tatsächlich aber auch für die Entlassungen der zahlreichen TextilarbeiterInnen in Indonesien und MinenarbeiterInnen in Sambia und Südafrika. Da Menschen in Indonesien, Südafrika und Sambia eine solche Erfahrung schon häufig gemacht haben, wird sie als normal empfunden.



Foto: Pavol Sulek

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass obwohl die Auswirkungen in bestimmten Regionen des Globalen Südens die Menschen in ihrer Existenz wesentlich stärker bedrohten als im Norden, sich die Finanzkrise stärker in den Gesellschaften des Nordens einprägte.

Literatur

- Bartolini, L., & Castagnone, E. (2015): Remittances and the economic crisis: evidence from the Greenback 2.0 survey in Italy. The World Bank, Greenback Working Paper n. 1. Online abrufbar: <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/21918>
- Pretorius, A., & De Beer, J. (2014): Comparing The South African Stock Market's Response To Two Periods Of Distinct Instability-The 1997-98 East Asian And Russian Crisis And The Recent Global Financial Crisis. The International Business & Economics Research Journal (Online), 13(3), 427.
- United Nations (2017): World Economic Situation Prospects. NewYork. Online abrufbar: https://www.un.org/development/desa/dpad/wp-content/uploads/sites/45/publication/2017wesp_full_en.pdf
- Informationen zu OECD Official development assistance (ODA): <https://data.oecd.org/oda/net-oda.htm>

SÜDWIND

Seit fast 30 Jahren engagiert sich SÜDWIND für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit. Anhand von konkreten Beispielen zu Missständen decken wir ungerechte Strukturen auf, machen sie öffentlich und bieten Handlungsalternativen. Dabei verbinden wir unsere Recherchen mit entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und tragen Forderungen in Kampagnen, Gesellschaft, Unternehmen und Politik. Durch Gespräche mit Verantwortlichen aus Politik und Unternehmen oder die Beratung von EntscheidungsträgerInnen in der Gesellschaft tragen wir so zu Veränderungen bei.



Impressum

Bonn, September 2018

Herausgeber

SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

Bankverbindung:

KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODED1DKD

AutorInnen:

David Schwarz, Antje Schneeweiß

Redaktion und Korrektur:

Felix Roll, Vera Schumacher

V.i.S.d.P.: Martina Schaub

Gestaltung: www.pinger-eden.de

Druck und Verarbeitung:

Brandt GmbH, Bonn
Gedruckt auf Recycling-Papier

Gefördert durch



Evangelische Kirche
von Westfalen

Gefördert mit Mitteln von Brot für die Welt

Brot
für die Welt